

Erschienen:11.08.2006 / SZ / SBM_MAN / CKUL_6

Ressort:Kultur

Textname:kul6-10.bergwerksdirektion.c.ART

Verfasser:von sz-redakteur

christoph schreiner< /I>

Vor vollendeten Tatsachen

Bergwerksdirektion: Bewegung hinter Kulissen

Mehrere Landesverbände, die Baukultur und Denkmalschutz hochhalten, fordern ECE-Geschäftsführer Alexander Otto in einem Offenen Brief auf, vor einer Kaufhaus-Umnutzung der Bergwerksdirektion einem gutachterlichen Planverfahren zuzustimmen.

von sz-redakteur

christoph schreiner

Saarbrücken. Aus einem an ihn gerichteten Offenen Brief musste der Kuratoriumsvorsitzende der ECE-Stiftung Lebendige Stadt, Alexander Otto, dieser Tage erfahren, dass in Saarbrücken „gerade Kulturwerte und Denkmalpflege – auch mit Ihrer Hilfe – zerstört“ werden. Unterzeichnet war der Brief, der die Frage stellt, ob die „Bewirtschaftungsprobleme der Saargalerie wirklich nur unter Zerstörung der Bergwerksdirektion gelöst werden“ können, vom früheren Ministerpräsidenten Reinhard Klimmt sowie den Vorsitzenden wesentlicher Landesgremien für Baukultur und Denkmalschutz – namentlich Marlen Dittmann (Deutscher Werkbund), Thomas Britz (Bund Deutscher Architekten), Rena Wandel-Hoefer (Städtebaubeirat Saarbrücken), Heinz Quasten (Landesdenkmalrat), Norbert Heinen (Rheinischer Verein für Denkmalpflege), Werner Strub (Saarl. Verein für Denkmalschutz).

Ihre harsche Kritik zielt auf die von Otto, seines Zeichens auch ECE-Geschäftsführer, mit Ministerpräsident Peter Müller und dessen Umweltminister Stefan Mörsdorf Anfang Juli in der Staatskanzlei getroffene Vereinbarung in Sachen Bergwerksdirektion. An Deutlichkeit lässt der Brief in der Bewertung dieses politischen Deals nichts zu wünschen übrig: „Die Vollentkernung der Flügelbauten und die Zerstörung der Hofseite als Teil eines ‚denkmalpflegerischen Kompromisses‘ zu verkaufen, erscheint uns ungeheuerlich.“ Um dies noch abzuwenden, fordern die Unterzeichnenden Otto auf, ein gutachterliches Planverfahren auszuloben. Dass sie damit Gehör finden, dürfte wohl das sein, was man ausgeschlossen nennt.

Der auf Grundlage der Müller-Mörsdorf-Otto-Einigung modifizierte Bauantrag der ECE liegt inzwischen der Stadt (der Unteren Bauaufsichtsbehörde) und dem Landesdenkmalamt vor. Ende nächster Woche ist ein Gespräch von Landesdenkmalpfleger Josef Baulig mit dem Umweltminister vereinbart. Dass an diesem Tag eine etwaige Genehmigung erteilt werde, verneint die ministerielle Pressestelle. Federführend sei im Übrigen die Stadt, heißt es dort. Nicht wirklich: Zwar ist OB Charlotte Britz Chefin der Unteren Bauaufsichtsbehörde. Diese aber prüft faktisch nur die Einhaltung der Brandschutzaufgaben. Letztlich steht die kommunale Behörde unter der Fachaufsicht der im Umweltministerium angesiedelten

Obersten Bauaufsichtsbehörde, die Weisungen erteilen kann. Womit letztlich alle Fäden bei Stefan Mörsdorf wieder zusammenlaufen.

Derweil bleiben die ECE-Pläne weiter unter Verschluss. Die Landesbauordnung sieht eine Offenlegung ohne Zustimmung des Bauherren auch nicht vor. Aus naheliegenden Gründen hat der Investor, die ECE, daran kein Interesse. Also weiß man augenblicklich nicht einmal in den politischen Fraktionen, wie die Shopping Mall en détail aussehen soll. So steht das ECE-Projekt weiter im Ruf, einer Politik vollendeter Tatsachen zu folgen, wie die Saarländische Gesellschaft für Kulturpolitik und der Werkbund Saar monieren.

Auf deren mehrfache Bitte an die Adresse der ECE und der Crédit Suisse als Eigentümerin der Immobilie, ihre Pläne vor einer Genehmigung offenzulegen, reagierte die ECE in einem Brief mit den Worten, seitens der Crédit Suisse/ECE bestehe „großes Interesse, der Öffentlichkeit das Projekt im Oktober vorzustellen“. Dann, wenn das überflüssig geworden ist. Weshalb Marlen Dittmann (Werkbund) und Kurt Bohr (Kulturpolitische Gesellschaft) von einem „in hohem Maße kritikwürdigen Gebaren“ der ECE sprechen, das auf vollendete Tatsachen setze.

FDP fordert Nachverhandlungen

CDU-Regierung soll Vereinbarung mit ECE modifizieren

Saarbrücken. Die FDP-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, in Sachen Bergwerksdirektion mit der ECE nachzuverhandeln. Sollte diese nicht zu Zugeständnissen bereit sein, „so ist sie für den Standort Bergwerksdirektion der falsche Partner“. „Es ist ernüchternd“, heißt es in einem Positionspapier, dass es trotz des starken Interesses der ECE am Standort „auch in der letzten Phase nicht gelungen ist, ein Verhandlungsergebnis zu erreichen, dass deutlich stärker zu Gunsten des Denkmalschutzes ausfällt.“ Die FDP kritisiert „Verhandlungs-Geschick“ und „-Willen“ der Regierung. Das Papier zeigt vier alternative Nutzungen auf, darunter eine universitäre: Verlegung einer Fakultät in die City oder Einrichtung einer Privat-Uni. Dass sich die FDP-Stadtratsfraktion dem Vorstoß der Landes-FDP nicht anschließt, hat für deren baupolitischen Sprecher Siegfried Neuschwander nichts mit Koalitionsräson zu tun. Die FDP regiert in Saarbrücken mit der CDU. Vielmehr seien die städtischen Fraktionen „nicht mehr zuständig“. Nach dem Grundsatz-Beschluss des Stadtrates vom Juli 2003 sei der Verwaltung „das Verfahren aus den Händen genommen“. Damals hatten CDU, SPD und Grüne für eine Einkaufs-Nutzung gestimmt, die FDP war nicht im Stadtrat. *ce/cis*

Bürgerinitiative gegen Umnutzung

650 Unterschriften sollen erst der Anfang sein

Saarbrücken. Gegen die Kaufhausumnutzung des Saarbrücker Martin-Gropius-Baues macht eine dieser Tage gegründete Bürgerinitiative (BI) mobil. Ermutigt von der Resonanz auf eine Unterschriftenaktion am letzten Wochenende in der Saarbrücker City, bei der binnen Stunden 650 Unterschriften gesammelt wurden, hob man die Initiative „Rettet die Bergwerksdirektion“ aus der Taufe. Die einzige Chance, ihr drohendes Mall-Ende noch zu verhindern, sei es, „öffentlichen Druck zu erzeugen“, so Werner Strub, einer der drei Sprecher der BI und Vorsitzender des Vereins für Denkmalschutz. Gegenwärtig seien in der

Bergwerksdirektion – wie zu Gropius' Zeiten – Büros untergebracht. Anders als die ECE-Pläne, deren Umsetzung das „Denkmal ruinieren“ würden, sei diese Nutzung absolut denkmalverträglich. Illusionen gibt sich die BI nicht hin. Auf die 1795 Protestnoten, die Bergmannsvereine dem Umweltminister im April überreicht hätten, habe dieser bis heute nicht reagiert. Trotzdem (oder daher erst recht) fehlt es der BI nicht an Motivation. Am Samstag wird man in der Bahnhofstraße erneut Unterschriften sammeln. *cis*

Kontakt: „Rettet die Bergwerksdirektion“ c/o Forum 3000, Nassauerstr. 6, 66111 Saarbrücken. Telefon: (0681) 9388979.

Bildunterschrift

Auch landesgeschichtlich ein Baudenkmal ersten Ranges: Blick ins Innere der Bergwerksdirektion. *Foto: Iris Maurer*

Technische Information:

Text-ID:a20563094